Nachhaltig familienfreundlich und familiengerecht! – Position des Familienbundes der Katholiken zur Bundestagswahl 2025

Der Familienbund der Katholiken unterstützt mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 eine nachhaltige Familienpolitik.¹ Diese hat das Ziel, „jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationssolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren“². Konkret ist nachhaltige Familienpolitik zu verstehen als ein „Dreiklang aus Zeitpolitik im Lebenslauf und in der Alltagszeit, der Entwicklung von integrativen Infrastrukturen in Nachbarschaft und Gemeinde sowie finanziellen Transfers zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Familie und Kindern“³.

Zu widersprechen ist einem engführenden Verständnis, das nachhaltige Familienpolitik im Sinne einer kurzfristigen Wirtschaftslogik versteht. Eine Familienpolitik, die einseitig darauf abzielt, Anreize für eine möglichst hohe Erwerbstätigkeit beider Eltern zu setzen, ist nicht wirklich nachhaltig. Sie hat nur das kurzfristige Wirtschaftswachstum im Blick. Dabei missachtet sie, dass eine solche Politik Familien unter enormen Druck setzt und gerade nicht die Rahmenbedingungen schafft, die Beziehungen stärken und Menschen Mut machen, sich für die Gründung einer Familie oder weitere Kinder zu entscheiden. Wenn alles auf Kante genäht ist und jede weitere Belastung alles aus der Balance zu bringen droht, erscheint Familienleben mit seinen Unwägbarkeiten wenig attraktiv. Wenn Beziehungen instabiler werden und sich weniger Menschen für Kinder entscheiden, ist das nicht nur in gesellschaftlicher, sondern auch in ökonomischer Hinsicht wenig nachhaltig.

Nachhaltige Familienpolitik muss die Wünsche der Familien ins Zentrum stellen. Es geht darum, Familien vielfältige Optionen zu eröffnen, um das von ihnen gewünschte Familienmodell zu leben. Politische Maßnahmen müssen die Freiheit der Familien stärken und Familien bei ihrer Sorgearbeit für andere und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Ziel muss sein, dass jede Familie – unabhängig von der Familienform und dem gewählten Familienmodell – bestmöglich gelingen kann.

Nachhaltige Familienpolitik verlangt auch einen gerechten Leistungsausgleich für Familien. Diese erbringen durch Kindererziehung und Pflege unverzichtbare Leistungen für die Gesellschaft. Jedes Kind entlastet die öffentliche Hand im Durchschnitt um einen sechsstelligen Betrag, während Familien aufgrund von Erziehungs- und Pflegezeiten geringere Einkommen und Rentenansprüche hinnehmen müssen. Auch solche Benachteiligungen erschweren in einer Gesellschaft mit vielen Optionen die Entscheidung für Kinder. Daher müssen die horizontale Gerechtigkeit zwischen Familien und Nichtfamilien und die angemessene Anerkennung von Sorgearbeit zentrale Themen einer nachhaltigen Familienpolitik sein.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 und die kommende Legislaturperiode hat der Familienbund der Katholiken einen Forderungskatalog mit zehn zentralen Forderungen erstellt. Es geht ihm um finanzielle Unterstützung für alle Familien, ausreichend Zeit für Erziehung und Pflege, verlässliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sowie einen gerechten Leistungsausgleich in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

¹ Hier geht es um die spezifisch familienpolitische Nachhaltigkeit im Sinne des Siebten Familienberichts (2006) und der „Agenda 2030 – Nachhaltige Familienpolitik“ (BMFSFJ 2019). Mit der sozial-ökologischen Nachhaltigkeit und deren Bedeutung für Familien hat sich der Familienbund in seinem „Positionspapier zu Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus familienpolitischer Perspektive“ (2024) beschäftigt.

² Siebter Familienbericht, BT-Drucksache 16/1360, S. 245.

³ Siebter Familienbericht, a.a.O., S. 3.

10 zentrale Forderungen des Familienbundes der Katholiken zur Bundestagswahl 2025

Finanzielle Unterstützung für alle Familien

- **Familienförderung stärken:** Das Kindergeld muss schrittweise auf den Betrag erhöht werden, bei dem die Familienförderung für einkommensschwächere Familien genauso hoch ist wie die maximale Wirkung des steuerlichen Kinderfreibetrags. Derzeit liegt dieser Betrag bei 360 Euro.
- **Keine Besteuerung des Existenzminimums von Kindern:** Das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern, das nach dem Grundgesetz steuerfrei bleiben muss, darf nicht mehr kleingerechnet werden. Notwendig ist eine realitätsgerechte Neuberechnung und Anhebung des Kinderfreibetrags.
- **Kindergeld muss bei allen Alleinerziehenden ankommen:** Derzeit haben Alleinerziehende, die keinen Unterhalt bekommen und auf den staatlichen Unterhaltsvorschuss angewiesen sind, nichts vom Kindergeld, weil das Kindergeld in voller Höhe mit dem Unterhaltsvorschuss verrechnet wird. Hier wäre eine hälftige Anrechnung wie beim Unterhalt richtig, damit das Kindergeld bei allen Alleinerziehenden gleich wirkt.
- **Entlastung von Familien in der Klimawende:** Notwendig ist eine sozial gerechte Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, die Familien und Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen finanziell entlastet und gleichzeitig Anreize für nachhaltiges Handeln setzt.

Ausreichend Zeit für Erziehung und Pflege

- **Elterngeld erhöhen und dynamisieren:** Insbesondere der Mindestbetrag des Elterngeldes muss deutlich erhöht werden. Dieser Betrag ist ebenso wie der Höchstbetrag seit der Einführung des Elterngeldes (2007) unverändert und durch die Inflation stark entwertet worden. Angemessen ist eine Erhöhung des Mindestbetrags von 300 auf 500 Euro. Nur eine hinreichende Höhe des Elterngeldes gewährleistet Wahlfreiheit, Zeit für Familie und Geschlechtergerechtigkeit.
- **Mehr Zeit für Familie durch zusätzliche Partnermonate:** Die Partnermonate beim Elterngeld sind eine Erfolgsgeschichte: Immer mehr Väter nehmen in der ersten Lebensphase des Kindes Elternzeit. Von der intensivierten Bindung profitiert die Familie auch langfristig. Diese Entwicklung muss gefördert werden – unter Beibehaltung der flexibel von beiden Eltern nutzbaren zwölf Monate.
- **Finanzielle Entlastung pflegender Angehöriger:** Wer Angehörige pflegt, nimmt häufig ein geringeres Einkommen in Kauf und benötigt einen finanziellen Ausgleich. Ohne Angehörigenpflege ist unser Pflegesystem weder zukunftsfähig noch finanzierbar.

Verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur

- **Verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote:** Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass die Betreuungsinfrastruktur so funktioniert wie versprochen und gebucht.
- **Qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung:** In den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für die Bildungslaufbahn des Kindes gestellt. Grundvoraussetzungen für gute Bildung in Betreuungseinrichtungen sind kleine Gruppen, qualifiziertes Personal und ein guter Betreuungsschlüssel. Maßnahmen zur Gewinnung, Qualifizierung und Bindung von Fachkräften müssen intensiviert werden. Für Kinder aus benachteiligten Familien muss es bessere Bildungs-, Sprach- und Förderangebote geben. Notwendig sind bundeseinheitliche Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung.

Gerechter Leistungsausgleich in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung

- **Familiengerechte Finanzierung:** Familien stützen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung nicht nur durch Geldbeiträge, sondern auch durch die zeit- und kostenaufwendige Erziehung zukünftiger Beitragszahlender. Ohne die Leistungen von Eltern ist eine nachhaltige soziale Sicherung nicht möglich. Familien müssen daher bei den Sozialbeiträgen durch einen Kinderfreibetrag entlastet werden.